

Christoph Butterwegge/Kuno Rinke (Hrsg.)
Grundeinkommen kontrovers. Plädoyers für und gegen ein neues Sozialmodell
Beltz Juventa Weinheim 2018
260 Seiten, 19,95 Euro (eBook 18,99 Euro)
ISBN 978-3-7799-3987-0 (eBook 978-3-7799-5286-2)

Für Christoph Butterwegge entwickelt sich das Engagement gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen immer mehr zu einer Herzensangelegenheit. Nach vielen öffentlichen Auftritten, auch mehrfach mit dem Autor dieser Besprechung als Kontrahenten, hat er jetzt zusammen mit Kuno Rinke ein Buch vorgelegt, das, wie es der Untertitel schon sagt, Plädoyers für und gegen ein BGE versammelt. Obwohl er selbst eine ausgesprochen pointierte Position vertritt, hat er als (Mit-)Herausgeber auch Autoren (leider nur eine einzige Frau bei 16 Männern!) engagiert, die durchaus gute Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen vortragen. Auch die abwägenden und unentschiedenen Positionen sind gut begründet. Butterwegge und Rinke, das kann vorab gesagt werden, haben es sich also nicht einfach gemacht, sondern sich der Herausforderung gestellt, die Auseinandersetzung mit engagierten und auch öffentlich bekannten Befürwortern eines BGE führen zu müssen.

Dabei sind die ausgeführten Argumentationen als solche nicht neu. Thomas Straubhaar vertritt ein BGE als alternatives Steuermodell, Richard David Precht lobt die Freiheit und Ute Fischer spricht über Geschlechtergerechtigkeit. Interessant fand ich, dass die aus dem Umfeld der Anthroposophie kommenden Autoren Philipp Kovce (über den 1. Mai als „Tag der Arbeit“), Sascha Liebermann (über Sozialstaat und Demokratie) und Michael Opielka (über die Struktur des Sozialstaats) eher praktisch-politische Themen anpacken als philosophische. Dabei fällt auf, dass die Pro-Autor*innen durchweg ihre Hausaufgaben gemacht und sich mit Gegenargumenten auseinandergesetzt haben. Es werden keineswegs ältere Beiträge mehr oder weniger recycelt, sondern auf aktuellem Stand eine wirkliche Auseinandersetzung gesucht.

Das gilt für die Gegner eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht immer. Insbesondere Rainer Roth und auch Heinz-Josef Bontrup sind recht weit weg von den tatsächlich in der Bewegung benutzten Argumenten für ein BGE und schießen teilweise auf Pappkameraden. Auch Gerhard Bäckers Behauptung, dass die Forderung nach einem BGE „zu einer Begeisterung führ(e), die teilweise bis an religiöse Überhöhung grenzt und kritische Fragen gar nicht mehr zulässt“ (S. 166), gibt wohl mehr eine Befürchtung des Schreibenden als eine Realität wieder. Ralf Krämer legt seine, in der Verdi-Führung ja breit unterstützte, Kritik solide dar, wenn auch ohne mit neuen Argumenten zu überraschen. Das dagegen tut Daniel Kreutz in mehrerer Hinsicht durchaus, etwa wenn er versucht zu begründen, dass „eine Beschränkung der Mindestsicherung auf 'Bedürftige' ... jedenfalls menschenrechtskonform (ist), wenn sie ihre Aufgabe zuverlässig erfüllt“ (S. 153). Bemerkenswerterweise richtet sich Gerhard Bäcker ausdrücklich gegen diese Position von Daniel Kreutz, indem er darauf besteht, dass Grundsicherung immer davon abhängig gemacht werden müsse, dass zumutbare Arbeit angenommen werden muss, und dass dies auch mit Sanktionen durchzusetzen sei (S. 175f).

Christoph Butterwegge geht in seinem eigenen Beitrag allerdings ebenfalls davon aus, dass „die strukturellen Defizite des Sozialstaates (Erwerbsarbeits-, Ehe- und Erwachsenenenzentrierung) ... mittels einer solidarischen Bürgerversicherung beseitigt werden (könnten), in die eine armutsfeste, bedarfsdeckende und repressionsfreie Grundsicherung einzulassen wäre, die ohne Sanktionsdrohung auskommt.“ Wie Bäcker ist er aber doch der Meinung, dass „Erwerbsfähige“ eine „Verpflichtung“ haben, „selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen“; anders als dieser spricht Butterwegge aber nur von „moralischer“ Verpflichtung (S. 213). Dieses Schwanken ist auch an anderen Stellen des Textes deutlich und mehr noch in dem, was der Autor in öffentlichen Auftritten dazu sagt.

Im Buch schreibt er völlig richtig: „Im bedingungslosen Grundeinkommen bündeln sich gegensätzliche, miteinander unvereinbare Interessen.“ (S. 191) In einer Veranstaltung mit mir am 16. Oktober 2018 in der Karl-Rahner-Akademie in Köln <https://www.youtube.com/watch?v=6Bqd0V6Y4qo&feature=youtu.be> sagte er dazu, deshalb sei es eigentlich gar nicht wirklich sinnvoll, mit mir darüber zu diskutieren. Vorstellungen wie meine setzten sich in der politischen Realität ohnehin nicht durch, da seien die neoliberalen Konzepte die ausschlaggebenden. Ähnliches deutet er im Buch an: „Das bedingungslose Grundeinkommen könnte höchstens dann zu mehr sozialer Gerechtigkeit beitragen, wenn es über die Erhöhung/Erhebung von Gewinn- bzw. Vermögensteuern refinanziert würde, was jedoch nur in weniger einflussreichen Modellen der Fall ist und schon bisher nicht durchsetzbar war.“ (S. 206)

So unstrittig das ist, so sehr gilt es für Konzepte wie Butterwegges „solidarische Bürgerversicherung“ mit eingelassener „armutsfester, bedarfsdeckender und repressionsfreier Grundsicherung“ ebenfalls. Dass sich an einer besseren sozialen Sicherung interessierte Gegner*innen und Befürworter*innen eines BGE gegenseitig ihre bisherige Erfolglosigkeit vorwerfen, ist nicht nur nutzlos, es schwächt auch die ja vielfach vorhandenen Gemeinsamkeiten. Wie die auch tatsächlich gemeinsam verfolgt werden könnten, dazu gibt es im Buch einen sehr genau ausgearbeiteten Vorschlag.

Georg Vobruba, von dem der betreffende Text stammt, hat ihn selbst so zusammengefasst: „Erstens sind Reformschritte erforderlich, die unmittelbare Verbesserungen bringen und für die es politische Bündnispartner auch jenseits der Grundeinkommensszene gibt. Zweitens darf man keinesfalls das Risiko eingehen, dass man bei den Schritten zur Einführung eines Grundeinkommens bei einem Zustand steckenbleibt, der schlechter ist als der gegenwärtige Status quo. Also: Jeder Reformtorso muss akzeptabel sein. Drittens hat das den Vorteil, dass sich schon an den Reformschritten in Richtung auf ein Grundeinkommen erkennen lässt, was damit letztlich beabsichtigt ist. So lassen sich die weltanschaulichen und sozialpolitischen Mehrdeutigkeiten unterschiedlicher Vorschläge in der Diskussion praktisch und nicht nur qua Bekenntnis – etwa mit der Formel „emanzipatorische Grundeinkommen“ – auflösen.“ (S. 234f)

Das ist ganz genau das, was wir in der Attac-AG „genug für alle“ meinen, wenn wir das BGE als „Richtungsforderung“ verstehen. Das Buch hätte also ein Beitrag dazu sein können, gemeinsam zu solchen Kämpfen aufzurufen. Das tut es nicht, im Gegenteil, einige Beiträge spalten und ihre Autoren scheinen genau das auch zu wollen. Andere sind abwägend, auch die beiden noch unerwähnten von Norbert Erdmann und Eberhard Dechmann über Finnland und Kuno Rinke und Andreas Wüste über Möglichkeiten des Umgangs mit dem BGE im Unterricht gehören eher dazu. Aber insgesamt ist die Spaltungstendenz nicht die Hauptlinie des Buches. Es ist kein Hindernis für die Entwicklung eines solchen gemeinsamen Vorgehens. Es ist nur schade oder vielleicht auch bezeichnend, dass keiner der BGE-Gegner sich direkt damit auseinandersetzt.

Viele Befürworter*innen eines bedingungslosen Grundeinkommens haben solche Angebote für gemeinsame Kämpfe immer wieder gemacht und selten Resonanz gefunden. Projekte wie eine umfassende Kindergrundsicherung, eine bedingungslose Mindestrente oder umfassende Sabbatjahrregelungen, gerne auch Christoph Butterwegges solidarische Bürgerversicherung (übrigens eine der ältesten Forderungen von Attac Deutschland, seit April 2000!) oder alle Kämpfe um soziale Infrastruktur würden sich dazu eignen.

Es steht zu befürchten, dass bei allem erfreulichen Bemühen der Herausgeber, keine neue Spaltung zu produzieren, es eine weitere Position von BGE-Gegner*innen gibt, die im Buch fehlt, nämlich die der offensiven Verteidigung der kapitalistischen Erwerbsarbeit auch und gerade in ihrem Zwangscharakter, wie das Hartz-System ihn so drastisch deutlich macht. Wer, wie es die

Memogruppe in ihrem Jahresgutachten 2018 getan hat (dazu: http://www.werner-raetz.de/fileadmin/user_upload/Autor/bge/bge_couponschneiden.pdf), das Sich-Entziehen gegenüber der kapitalistischen Erwerbsarbeit als „Ausbeutung“ begreift, dem ist offensichtlich der Erhalt dieses Ausbeutungssystems wichtiger als der gemeinsame Kampf dagegen.

Es ist gut, dass das Buch zumindest nicht diese Tendenz bestärkt. Dabei bleibt unverständlich, warum Butterwegge und Rinke nicht die Auseinandersetzung mit den Teilen der Grundeinkommensbewegung gesucht haben, die ihnen (nicht nur sozial-)politisch am nächsten stehen. So bleibt für uns in diesem Buch nur wenig Neues zu entdecken, auch wenn dieses Wenige manchmal wirklich spannend ist.